

Fraktion **direkt**

20 | 11. September 2014

Zur Lage

Deutschland muss in der Forschung Spitze bleiben Strategie der Union zeigt Erfolge - Industrie 4.0 ist Chance



Foto: Martin Lengemann

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Deutschland hat alle wirtschaftlichen Krisen der vergangenen Jahre gut überstanden. Das lag auch daran, dass wir in unserem Land eine hohe industrielle Wertschöpfung haben. Bei uns werden – anders als in anderen Ländern, die zum Beispiel in hohem Maße von der Finanzwelt geprägt werden – noch in großem Umfang reale Produkte geschaffen. Natürlich ist auch die Industrieproduktion konjunkturabhängig, aber längst nicht so krisenanfällig wie der Finanzsektor. Unsere Spitzenprodukte sind Exportschlager.

„Unser Vorsprung darf nicht verspielt werden“

Auch in Zukunft muss das so bleiben. Auf der Klausurtagung unseres Fraktionsvorstands Anfang September haben wir uns deshalb mit dem Stand der Forschung in Deutschland beschäftigt. Der Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, Reimund Neugebauer, berichtete uns, dass Deutschland nach China die meisten Hightech-Produkte verkauft.

Dass Deutschland damit sogar noch vor den Vereinigten Staaten liegt, hat uns alle überrascht, aber auch gefreut. Der Schlüssel für diesen Erfolg waren nach den Worten Neugebauers auch die Milliarden, die der Bund seit 2005 zusätzlich in die Forschung investiert hat.

Diese Entwicklung muss sich fortsetzen. Die Unionsfraktion wird jedenfalls auch in den kommenden Jahren darauf achten, dass trotz des Gebots, sparsam zu haushalten, die Ausgaben für Forschung weiter auf dem derzeitigen hohen Niveau bleiben.

Die Industrie steht dabei vor neuen Herausforderungen. Produktion und Produkte werden immer weiter digitalisiert. Diese neue Entwicklungsphase wird mit dem Begriff Industrie 4.0 beschrieben. Deutsche Unternehmen sind, wie uns berichtet wurde, derzeit hier führend, auch und gerade weil in diesem Bereich sehr viel geforscht wird.

Stärkere IT-Branche wäre wünschenswert

Dieser Vorsprung darf nicht verspielt werden. Dazu muss die Politik ihren Beitrag leisten – und hier ist viel zu tun. Es beginnt damit, dass das schnelle Internet ausgebaut wird und überall zugänglich ist, nicht nur in den Ballungsräumen, auch im ländlichen Raum. Denn Grundlage für die Digitalisierung aller Produktionsprozesse sind schnelle Datenleitungen. Aber auch die Datensicherheit muss verbessert werden. Auch hier ist der Staat gefragt, aber nicht nur er.

Wir brauchen auch eine noch stärkere IT-Branche in Deutschland. Wir dürfen nicht von amerikanischen Großunternehmen wie dem Suchmaschinenbetreiber Google abhängig werden. Ein deutsches oder europäisches Google wäre ein Traum. Ihn zu realisieren ist sicher machbar. Die Politik sollte sich die Sache einmal genauer anschauen.

Volker Kauder

Deutschland muss in der Forschung Spitze bleiben	1
Asylrecht muss verbessert werden	2
Stolz auf die „schwarze Null“	3
Nothilfe für Kurdenregion im Nordirak	4
NATO schließt die Reihen	5
„Wir brauchen mehr Wagniskapital“	6
Unionsfraktion feilt am Wirtschaftsprofil	7
„Eine einmalige Geschichte der Versöhnung“	9
Letzte Seite	10

Asylrecht muss verbessert werden

Hilfe für die Opfer von Krieg und Vertreibung



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Vor der Sommerpause hat der Bundestag eine Novelle zum Asylverfahrensrecht verabschiedet, mit der Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina in die Liste sicherer Herkunftsstaaten aufgenommen werden sollen. Wenn ein Land als sicherer Herkunftsstaat eingestuft ist, können Menschen trotzdem in Deutschland Asyl beantragen. Allerdings kann das Verfahren dann deutlich beschleunigt werden. Wichtigstes Ziel ist es, das Asylsystem in Deutschland zu entlasten, um jene Menschen schnell aufnehmen zu können, die in ihrer Heimat bedroht, gefoltert, verfolgt werden.

Seit 2009 hat sich die Zahl der Asylansprüche verfünffacht, so dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge an den Kapazitätsgrenzen arbeitet. Aus den drei genannten Westbalkanstaaten kommt derzeit fast ein Drittel aller Asylansprüche. Die Anerkennungsquote liegt hingegen bei etwa 0,1 Prozent. Eine Neubewertung dieser Staaten im Asylrecht ist daher offenbar mehr als angemessen. Zudem streben Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina die EU-Mitgliedschaft an. Eine solche Perspektive können wir schlecht Ländern eröffnen, die hier in Deutschland nicht als sichere Herkunftsstaaten eingestuft sind.

Die Grünen verweigern bisher im Bundesrat die Zustimmung zu dem vorgelegten Gesetz. Wir haben als Union dafür mit Blick auf die oben genannte Anerkennungsquote kein Verständnis. Die Grünen wollen darüber hinaus das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen und die Residenzpflicht aufheben. Sie ignorieren mit ihren unrealistischen Forderungen, dass Länder, Kommunen und nicht zuletzt die Bürger durch die massiv steigende Asylbewerberzahl und dadurch entstehende Kosten immer mehr belastet werden. Wer in sieben Bundesländern mitregiert, sollte die Probleme vor Ort kennen und eine angemessene Antwort darauf finden.

hende Kosten immer mehr belastet werden. Wer in sieben Bundesländern mitregiert, sollte die Probleme vor Ort kennen und eine angemessene Antwort darauf finden.

Den Menschen vor Ort helfen

Wir in der Union wollen jenen Menschen helfen, die vor Kriegen und Verfolgung fliehen müssen – gerade in Zeiten, in denen die Zahl der Krisen in der Welt dramatisch zugenommen hat. Flüchtlingen aus Syrien zum Beispiel, die in ihrer Heimat einen Bürgerkrieg erleben, muss schnellstmöglich Asyl gewährt werden. Wir wollen aber nicht nur Flüchtlinge bei uns aufnehmen, sondern auch den Menschen vor Ort helfen. Viele wollen nämlich ihre Heimat gar nicht verlassen. Wir unterstützen jetzt die Kurden im Irak militärisch, damit sie sich gegen den Terror der Islamistenmiliz IS, gegen die geplante Errichtung eines Kalifats verteidigen können. Rund 180 Tonnen Hilfsgüter und humanitäre Hilfe in Höhe von 50 Millionen Euro haben wir schon geliefert. Doch auch wenn wir der Lieferung von Waffen zustimmen, bleiben wir ein sicherer Zufluchtsort für jene Menschen, die im Nordirak und in vielen anderen Staaten dieser Welt aufgrund ihrer Religion verfolgt werden.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Stolz auf die „schwarze Null“

Merkel im Bundestag: Solides Haushalten „kein Selbstzweck“ – Beitrag zur Generationengerechtigkeit

Foto: Tobias Koch



Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Haushaltsdebatte im Bundestag

Erstmals seit 1969 macht der Bund im nächsten Jahr keine neuen Schulden mehr. Der Bundestag verabschiedet in dieser Woche den Haushalt für 2015, der eine „schwarze Null“ vorsieht. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte in der Generaldebatte am Mittwoch: „Wir können stolz sein, dass wir gemeinsam dieses Ziel erreicht haben.“ Strikte Ausgabendisziplin sei zu diesem Zweck erforderlich. Merkel machte allerdings auch deutlich, dass solides Haushalten „kein Selbstzweck“ sei, sondern die Voraussetzung für Handlungsmöglichkeiten schaffe.

„Das Wirtschaften auf Pump soll endlich ein Ende haben“, betonte Merkel. Dies sei der beste Beitrag zur Generationengerechtigkeit; er fördere Wachstum und Beschäftigung. Die Notwendigkeit zur Konsolidierung gelte nicht allein für Deutschland, sondern auch für die anderen Staaten der Europäischen Union. Würden die krisengeschüttelten Euro-Länder vom Reformkurs abweichen, so berge das große Risiken für die weitere Erholung Europas von der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Auch der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sagte mit Blick auf den Etat 2015 und die nachfolgenden Haushalte: „Wir werden mit dem auskommen, was wir haben.“ Gleichzeitig bekräftigte er das Versprechen

der Union: „Es wird mit dieser Koalition keine Steuererhöhung geben.“

CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt sagte, mit der Konsolidierung schaffe man Spielraum für notwendige öffentliche Investitionen in Verkehr oder Bildung. „Das Beste, was wir für die wirtschaftliche Entwicklung, das Beste, was wir für unsere Kinder tun können, das tun wir mit diesem Haushalt 2015.“

Digitaler Wandel und Forschungsförderung wichtige Bereiche

Für die künftigen Jahre skizzierte die Kanzlerin eine Reihe von Handlungsfeldern, denen sich die Bundesregierung vorrangig widmen will. So nannte sie die Begleitung des digitalen Wandels, die weitere Förderung von Forschung und Entwicklung, die Erneuerung der Verkehrswege sowie die Bewältigung des demografischen Wandels und den Erhalt der sozialen Sicherheit.

Den digitalen Wandel verglich Merkel in seiner Bedeutung für die Wirtschaft mit der industriellen Revolution. Deshalb setze die Regierung mit der „digitalen Agenda“ die richtigen Rahmenbedingungen, indem sie beispielsweise für flächendeckende Breitbandverbindungen Sorge. Auch Datenschutz und Datensicherheit

müssten erhöht werden, forderte Merkel. Sie warb für ein einheitliches Niveau in Europa, damit der Binnenmarkt auch im IT-Bereich zur Geltung komme. Als wichtiges Ziel nannte sie, dass Europa „auf Augenhöhe mit amerikanischen Digitaldienstleistern“ stehe.

Start-ups fördern

Die Kanzlerin versprach, weiterhin alles zu tun, um Deutschlands Spitzenstellung in der Forschung zu erhalten. Damit die Forschungsergebnisse leichter in unternehmerische Initiativen umgesetzt werden können, damit auch Innovationen im IT-Bereich eine bessere Chance haben, stellte sie in Aussicht, Wagniskapital von der Ertragssteuer zu befreien. Fraktionschef Kauder wies darauf hin, dass es auch nötig sei, Start-ups und Firmengründer von bürokratischen Gängelungen zu befreien.

Umfangreiche Investitionen in Straßen, Brücken, Schienen und Wasserwege kündigte Merkel ebenfalls an, denn „eine gute Infrastruktur ist von herausragender Bedeutung“. Kauder versprach, dass die Koalition bis Ende des Jahres auch bei der umstrittenen Pkw-Maut zu einem guten Ergebnis kommen werde.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sprach Merkel die zunehmende Zahl Pflegebedürftiger an. Daher sei es richtig, dass die Koalition den Beitragssatz zur Pflegeversicherung leicht erhöhe. Gleichzeitig betonte sie: „Eine menschenwürdige Pflege muss bezahlbar bleiben.“

Flüchtlingen helfen

Angesichts der hohen Flüchtlingszahlen weltweit versprach die Kanzlerin, dass Deutschland denen helfen werde, die „dringend unsere Hilfe brauchen“. Kauder appellierte besonders mit Blick auf die Notlage der vertriebenen Christen und Jesiden im Nordirak an die EU, schnell Hilfgelder freizugeben.

Nothilfe für Kurdenregion im Nordirak

Kauder sichert religiösen Minderheiten deutsche Unterstützung zu

Deutschland unterstützt die irakischen Kurden in ihrem Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS). Bundeskanzlerin Angela Merkel erläuterte in einer Regierungserklärung Anfang September dem Bundestag das Maßnahmenpaket, das humanitäre Hilfe und militärische Unterstützung umfasst. Der Unionsfraktionsvorsitzende Volker Kauder empfing im Anschluss an die Parlamentssondersitzung den Bischof der orientalischen Christen, Julius Hanna Aydin, sowie weitere Vertreter von Jesiden- und Alewiten-Organisationen. Dabei sicherte er den verfolgten Minderheiten im Nordirak Unterstützung zu.

Sorgfältige Abwägung

Angela Merkel betonte, dass der Entscheidung für die Lieferung von Schutzausrüstung und Militärgerät an die kurdischen Peschmerga im Irak eine sorgfältige Abwägung vorausgegangen sei. Man habe vor der Wahl gestanden, sich zurückzuhalten und jegliches Risiko zu vermeiden oder diejenigen zu unterstützen, die verzweifelt und mutig gegen den Terror der IS kämpften. Einfach nur zu warten und zu hoffen, dass andere sich der akuten Gefahr stellen, „das ent-

spricht nicht unserer Vorstellung von Verantwortung“, sagte Merkel. Für die Lieferung von Waffen und Munition in begrenztem Umfang habe die Bundesregierung das Einverständnis der irakischen Zentralregierung eingeholt. In einem Entschließungsantrag begrüßten die Koalitionsfraktionen das Unterstützungspaket.

Terrormiliz bedroht auch Europa

Kauder betonte: „Wir nehmen die Verantwortung wahr, die wir haben.“ Angesichts von Massenhinrichtungen, Zwangskonvertierungen und Vergewaltigungen mahnte die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt: „Da können wir nicht einfach zuschauen.“ Die IS sei nicht nur eine Bedrohung für Christen, Jesiden und andere Minderheiten im Irak, sondern für die gesamte Region sowie für Deutschland und Europa. Denn totalitäre Regime machten nicht Halt vor geografischen Grenzen.

Kauder, der vor zwei Wochen die Flüchtlinge im Norden des Iraks besucht hatte, betonte, die Kurden müssten in die Lage versetzt werden, sich zu wehren. Die Botschaft an die IS laute: „Wir lassen Euch nicht gewähren.“

Eine Perspektive in der Heimat

Bischof Aydin wandte sich beim anschließenden Empfang mit den Worten an Kauder: „Die Terrormiliz Islamischer Staat vernichtet die Minderheiten im Nahen Osten. Wir brauchen Hilfe“. Er versicherte: „Wir wollen dort bleiben. Wir wollen unsere 2000-jährige Heimat nicht verlassen.“ Merkel und Kauder zeigten sich grundsätzlich bereit, zusätzliche Flüchtlinge aus der Region in Deutschland aufzunehmen. In erster Linie müsse man aber „vor Ort helfen, um den Menschen dort eine Perspektive zu geben“, sagte Kauder.

Die Bundesregierung hat bereits 150 Tonnen Hilfsgüter in den Norden des Iraks geliefert und 50 Millionen Euro an humanitärer Hilfe aufgewendet. Inzwischen trafen auch erste militärische Ausrüstungsgüter im Nordirak ein.

Kauder sprach auch die verstörende Tatsache an, dass Tausende junger Leute aus ganz Europa sich der Terrormiliz anschließen und in den Irak oder nach Syrien ziehen, um dort zu morden, zu rauben und zu vergewaltigen. Es dürfe nicht so weitergehen, dass radikale Salafisten hierzulande für den heiligen Krieg im Nahen Osten werben, mahnte er.



Quelle: picture alliance / dpa

Vor der Terrormiliz Islamischer Staat geflohene irakische Christen in Erbil

NATO schließt die Reihen

Aktionsplan zum Schutz der östlichen Bündnispartner – EU verhängt neue Sanktionen gegen Russland

Die NATO-Staaten haben angesichts des Konflikts mit Russland ihre Reihen geschlossen. Auf ihrem Gipfel in Wales in der vergangenen Woche vereinbarten die Staats- und Regierungschefs der transatlantischen Allianz Maßnahmen zum Schutz ihrer osteuropäischen Mitglieder und sagten der Ukraine Unterstützung zu. Die NATO-Russland-Grundakte stellte der Gipfel allerdings vorerst nicht in Frage. Die EU beschloss unterdessen weitere Sanktionen gegen Moskau. Sie legte diese jedoch noch einige Tage auf Eis, um die Einhaltung des Waffenstillstands in der Ostukraine zu beobachten.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andreas Schockenhoff sprach von einem starken Signal. Der Westen habe mit beiden Bündnissen zügig und entschlossen auf das Verhalten Moskaus im Ukraine-Konflikt reagiert. „Wir haben gezeigt, dass wir nicht dauerhaft einen neuen Kalten Krieg oder einen Handelskrieg mit Russland wollen, dass wir aber auch die einseitige Verletzung einer europäischen Friedensordnung durch Russland nicht akzeptieren“, sagte er.

Tür bleibt offen

Die Tür für eine Zusammenarbeit mit Moskau sei weiter offen, wenn Präsident Wladimir Putin seinen Beitrag zur Lösung des Ukraine-Konflikts leiste. „Russland ist durch seine offene militärische Intervention in der Ukraine Teil des Konfliktes“, stellte Schockenhoff klar.

Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Mißfelder, begrüßte die klare Unterstützung der NATO für die Ukraine. „Bewaffnete Konflikte auf dem europäischen Kontinent, die bewusst und gezielt geschürt werden, sind im 21. Jahrhundert nicht mehr hinnehmbar. Erst recht nicht, wenn sie zum Ziel haben, die territoriale Integrität und Souveränität von Staaten zu untergra-

ben“, erklärte er. Solche gewaltsamen Übergriffe gefährdeten die europäische Sicherheitsarchitektur, die ein Garant des Friedens auf dem Kontinent sei.

Ausdrücklich würdigte Mißfelder den Aktionsplan, den der NATO-Gipfel verabschiedete, um die Reaktions- und Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses zu erhöhen. Eine solche Maßnahme sei vor allem für die NATO-Mitgliedstaaten in Osteuropa und im Baltikum sehr wichtig, die sich durch das russische Verhalten im Ukraine-Konflikt bedroht fühlen, erklärte der außenpolitische Sprecher.

Grundakte weiter gültig

Zu dem Aktionsplan gehört eine besonders schnelle Eingreiftruppe, die 3.000 bis 5.000 Soldaten umfasst und innerhalb von zwei bis drei Tagen einsatzbereit sein soll. Mit dieser „Speerspitze“ signalisiert das Bündnis, dass es einen russischen Angriff auf seine östlichen Mitglieder nicht hinnehmen will.

Außerdem wird das multinationale Hauptquartier Nord-Ost in Stettin aufgewertet. Es wird betrieben von

Dänemark, Deutschland und Polen und erhält jetzt zusätzliche Dienstposten. Die dort stationierten Soldaten werden in einen höheren Bereitschaftsgrad versetzt.

Die NATO-Russland-Grundakte aus dem Jahr 1997, mit der die NATO eine dauerhafte Stationierung von Truppen in Osteuropa ausschließt, soll hingegen weiter ein Pfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur bleiben. Damit bleiben die Gesprächskanäle zwischen beiden Seiten offen – auch für eine Zeit nach der Krise. Die Bundesregierung und die Unionsfraktion betonen stets, dass es nur eine politische Lösung der Krise geben kann, keinesfalls jedoch eine militärische.

Die weiteren Sanktionen, die die Europäische Union gegen Russland in Kraft setzen will, umfassen zum einen den Zugang russischer Staatsfirmen zum europäischen Finanzmarkt. Zum anderen betreffen sie militärische und sogenannte Dual-use-Güter, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können. Zudem wurden weitere Einreiseverbote ausgesprochen und Auslandsvermögen eingefroren.



Bundeskanzlerin Merkel beim NATO-Gipfel in Wales

Foto: Picture Alliance/dpa

„Wir brauchen mehr Wagniskapital“

Albert Rupprecht über den Forschungsstandort Deutschland – Förderung von Bereichen mit hohem Wachstumspotenzial



Foto: Nina Altmann - fotodesign

Albert Rupprecht

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Im Bereich Wissenschaft und Forschung ist Deutschland Weltklasse. Diese starke Stellung kommt nicht von ungefähr: Seit Amtsantritt von Kanzlerin Angela Merkel im Jahre 2005 wurden die Ausgaben des Bundes dafür um 60 Prozent gesteigert. Erst vergangenen Mittwoch verabschiedete das Kabinett eine neue Hightech-Strategie. Auch der Fraktionsvorstand beschäftigte sich auf seiner Herbstklausur intensiv mit dem Thema. Über Wege zum weiteren Ausbau des Forschungsstandorts Deutschland sprach „Fraktion direkt“ mit dem forschungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Albert Rupprecht.

Herr Rupprecht, wo genau steht das deutsche Wissenschaftssystem im internationalen Vergleich?

Rupprecht: Unser Wissenschaftssystem steht im internationalen Vergleich hervorragend da. Zum Beispiel stammen 7,2 Prozent der weltweit veröffentlichten wissenschaftlichen Publikationen aus Deutschland. Damit liegen wir weltweit auf Platz vier hinter den USA, China und Großbritannien.

Immer mehr Menschen sind in der Forschung tätig. Die Zahl der Beschäftigten in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen etwa ist seit 2009 um rund ein Viertel gestiegen – auf über 77.000. Immer mehr Spitzenwissenschaftler zieht es aus dem Ausland zu uns. Allein in der Max-Planck-Gesellschaft kommen inzwischen etwa die Hälfte der Doktoranden und ein Drittel der Direktoren aus dem Ausland. Das ist für unseren Innovationsstandort eine fantastische Entwicklung.

Wohin fließen die Gelder aus dem Bundeshaushalt genau?

Rupprecht: Der Löwenanteil fließt in die sogenannten Pakte. Also zum Beispiel mit dem Hochschulpaket haben wir die Länder seit 2007 bei der Einrichtung zusätzlicher Studienplätze bislang mit rund zehn Milliar-

den Euro unterstützt. Weitere zwei Milliarden gehen für den Qualitätspaket Lehre an die Hochschulen. Mit der Exzellenzinitiative fördern wir die Hochschulforschung von 2006 bis 2017 mit insgesamt 4,6 Milliarden Euro. Und schließlich garantieren wir der außeruniversitären Forschung im Pakt für Forschung und Innovation von 2011 bis 2015 Budgetzuwächse von 4,9 Milliarden Euro.

Auf welche Forschungsbereiche legt die Fraktion besonderen Wert?

Rupprecht: Wir konzentrieren uns auf Felder, die von großer Innovationsdynamik geprägt sind und wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand versprechen. Dazu gehören die Digitalisierung, Energie, Mobilität und Gesundheit. 2014 investieren wir

allein elf Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung unter dem Dach der Hightech-Strategie.

Nehmen wir das Beispiel Gesundheitsforschung. Was passiert hier und welchen konkreten Nutzen hat das?

Rupprecht: Das Forschungsministerium fördert die Gesundheitsforschung von 2011 bis 2014 mit rund 5,5 Milliarden Euro, mehr als jemals zuvor in einem vergleichbaren Zeitraum. Das kommt vor allem der älter werdenden Gesellschaft zugute.

Aber auch die wirtschaftlichen Konsequenzen sind beeindruckend. Die Gesundheitswirtschaft ist inzwischen der größte Sektor der deutschen Volkswirtschaft. Unsere Medizinprodukte sind weltweit begehrt. 2012 lag die Exportquote in der Medizintechnik bei 68 Prozent – so hoch wie nie. Deutschland rangiert mit einem Weltmarktanteil bei medizintechni-

„Unsere Medizinprodukte sind weltweit begehrt“

schen Produkten von 14,6 Prozent auf Platz zwei nach den USA. Das sichert hochwertige Arbeitsplätze.

Wo muss Deutschland noch besser werden?

Rupprecht: Wir brauchen mehr Wagniskapital. Dafür wollen wir in dieser Legislaturperiode die Rahmenbedingungen verbessern. Es kann nicht sein, dass dank der erheblichen staatlichen Mittel immer mehr Innovationen entstehen, dann aber mangels geeigneter Finanzierungsinstrumente kein Kapital für Unternehmensgründung zur Verfügung steht. Am Ende werden die Patente vom Ausland geschluckt. Arbeitsplätze und Wertschöpfung sind dann für uns verloren. Hier müssen wir handeln.

Unionsfraktion feilt am Wirtschaftsprofil

Forschung und Innovation wichtige Themen der Vorstandsklausur – „Schwarze Null“ fest im Blick



Foto: Steven Rösler

Gerda Hasselfeldt, Bundeskanzlerin Angela Merkel und Volker Kauder sprechen über aktuelle Themen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will ihr Wirtschaftsprofil schärfen. Bei seiner Herbstklausur in der vergangenen Woche beriet der Fraktionsvorstand unter anderem, wie Forschung und Innovationen weiter gefördert werden können, die ein wichtiges Fundament für den Wirtschaftsstandort Deutschland bilden. Die Bürger haben nach einer Erhebung des Allensbach-Instituts hohes Vertrauen in die Zukunftskompetenz der Unionsfraktion.

Unter dem Eindruck der internationalen Krisen trübt sich das Wirtschaftswachstum unterdessen leicht ein. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble äußerte die Erwartung, dass die Wachstumsprognose von 1,8 Prozent für das laufende Jahr möglicherweise nicht ganz erreicht wird. Umso wichtiger ist es, dass die Unionsfraktion für den Haushalt 2015 die „schwarze Null“ fest im Blick hat. Der Unionsfraktionsvorsitzende Volker Kauder mahnte: „Wir müssen besonnen handeln und das Ziel des ausgeglichenen Haushalts nicht aus den Augen verlieren.“ Grund zur Beunruhigung gebe es aber nicht.

Forschungsbereiche mit praktischem Nutzen

Für Bildung und Forschung wurden seit Amtsantritt von Kanzlerin Angela

Merkel 2005 die Ausgaben der Bundesregierung um 60 Prozent angehoben. Bundesbildungsministerin Johanna Wanka hob hervor, dass mit der Einführung der Hightech-Strategie 2006 nicht nur die Forschung als solches gefördert wurde, sondern die ganze Kette bis zum Endprodukt. Die Gelder würden dabei auf Bereiche konzentriert, die einen hohen Nutzen für die Gesellschaft haben wie Gesundheit oder Energie. Die Bundesregierung fördert allein in diesem Jahr die Erforschung neuer Produkte und Dienstleistungen mit elf Milliarden Euro.

In diesem Zusammenhang wurde auch das Thema Fachkräftemangel angesprochen. Der bildungs- und forschungspolitische Sprecher Albert Rupprecht wies auf das „dramatische Missverhältnis“ zwischen dem Andrang von Schulabsolventen an die Hochschulen und den Zehntausenden unbesetzter Lehrstellen in diesem Jahr hin. Vor allem im dualen Ausbildungssystem, für das Deutschland weltweit bewundert wird, würden Interessenten gebraucht, mahnte er. Der Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, Reimund Neugebauer, der in seinem Gastvortrag zahlreiche Beispiele für Innovationen aus Deutschland nannte, sprach von den „Rohstoffen“ in unseren Köpfen, die genutzt werden müssen.

Bürger mit Union sehr zufrieden

Renate Köcher vom Allensbach-Institut bescheinigte der Fraktion eine hohe Zufriedenheit der Bürger mit der Politik der Koalition. Besonders zufrieden seien die Menschen etwa mit der Wirtschaftspolitik, mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit oder der Eindämmung der Staatsverschuldung. Auf diesen Feldern erscheine gerade die Unionsfraktion den Bürgern überaus kompetent. Auch Zukunftskompetenz schreiben die Bürger laut Allensbach besonders der CDU/CSU zu.

Ein wichtiges wirtschaftspolitisches Thema der Klausur war das geplante Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA (TTIP). Der Parlamentarische Geschäftsführer Michael Grosse-Brömer warnte davor, nur die Risiken des Abkommens wahrzunehmen: „Das ist der falsche Blick.“ Wichtig sei die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen. Auch der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Max Straubinger, erklärte, man müsse den Bürgern die Ängste vor dem Freihandelsabkommen nehmen, die bewusst von anderer Seite geschürt werden. Teilweise gälten in den USA höhere Standards als in der Europäischen Union.



Foto: Julia Nowak

Gerda Hasselfeldt, Volker Kauder und Michael Grosse-Brömer bei der Vorstandsklausur

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Michael Fuchs machte an Beispielen deutlich, wie wichtig es gerade für ein exportorientiertes Land wie Deutschland sei, dass die Industriestandards und Normen dies- und jenseits des Atlantiks vereinheitlicht werden. So müssten beispielsweise Automobilhersteller derzeit wegen der unterschiedlichen Standardgrößen der Airbags auf beiden Seiten des Atlantiks ihre für die Ausfuhr bestimmten Autos mit komplett anderen Armaturenbrettern ausrüsten – was enorme Kosten verursache.

Mögliche Überschüsse für Investitionen verwenden

Gerade vor dem Hintergrund der sich eintrübenden Wirtschaft ist das Wachstumspotenzial, das das Abkommen generiert, nicht zu unterschätzen. Eine Abschwächung des Wachstums führt voraussichtlich auch dazu, dass die Steuereinnahmen nicht mehr so stark sprudeln werden.

Finanzminister Schäuble beteuerte, dass die Bundesregierung an ihrem finanzpolitischen Kurs der Konsolidierung festhalte. „Wir schaffen die Null“, betonte er. Der haushaltspolitische Sprecher der Fraktion, Norbert Barthle, fügte hinzu, sollte es Spielräume geben, würden sie für zusätzliche Investitionen genutzt, nicht aber für konsumtive Ausgaben.

Dass die Unionsfraktion ihren finanzpolitischen Kurs nicht ändern

werde, unterstrich auch CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt. Es werde keine Steuererhöhungen und keine zusätzlichen Belastungen für Bürger und Unternehmen geben, unterstrich sie.

Brennpunkte Ukraine und Irak

Neben Haushalt, Wirtschaft und Forschung diskutierten die Vorstandsmitglieder auch über die außenpolitische Lage, insbesondere über die Brennpunkte Ukraine und Irak. Fraktionschef Kauder rief erneut zu einer friedlichen Lösung des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine auf. Kauder stellte sich ausdrücklich hinter Bundespräsident Joachim Gauck, der in Polen bei der zentralen Gedenkfeier zum Beginn des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren mit scharfen Worten Russlands aggressives Vorgehen in der Ukraine kritisiert hatte.

Mit Blick auf die verzweifelte Lage der christlichen und jesidischen Flüchtlinge im Nordirak, die sich vor der islamistischen Terrormiliz IS retten mussten, forderte Kauder die Europäische Union auf, Geld für Container-Unterkünfte bereitzustellen. Die Flüchtlinge könnten angesichts des herannahenden Winters nicht länger in notdürftigen Zelten auf nacktem Boden campieren. Kauder sprach auch das Problem der Salafisten an, die in Deutschland für den Dschihad werben.

Jetzt auch Videos

Fraktion erweitert Kommunikation

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat ihre Kommunikation in den vergangenen Jahren kontinuierlich modernisiert. „Fraktion direkt“ und die Publikationen erhielten nach der Einführung des neuen Corporate Design schon in der vergangenen Wahlperiode ein neues Gesicht. Der Online-Auftritt wurde modernisiert, die Aktivitäten in den sozialen Medien ausgeweitet.

Zu einem guten Online-Auftritt gehören aber auch Video-Angebote. Die Fraktion nutzt nun auch dieses Format. In der Kommunikationsabteilung wurden in den vergangenen Wochen die ersten Beiträge produziert. Sie sind auf unserer Website www.cducusu.de unter der Rubrik Medien zu finden. Die aktuellsten Beiträge sind aber schon in vier großen Themenblöcken ganz oben auf der Startseite verankert – erkennbar am Kamerasymbol.

Produziert werden die Videos von Stefan Landgraf, der jahrelang Redakteur beim Fernsehsender N24 war. Besonders sehenswert ist zum Beispiel sein Beitrag zur Klausurtagung des Fraktionsvorstands Anfang September. Künftig sollen auf der Website neben solchen redaktionellen Beiträgen auch Mitschnitte von Pressestatements und ein regelmäßiger Video-Beitrag des Fraktionsvorsitzenden präsentiert werden. Geplant sind auch Erklärstücke zu einzelnen politischen Themen – etwa der Haushaltspolitik.



Foto: Steven Rösler

Video-Redakteur Stefan Landgraf im Einsatz

„Eine einmalige Geschichte der Versöhnung“

Bundestag erinnert an den Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren – Polnischer Präsident Komorowski zu Gast

Mit einer Gedenkstunde hat der Deutsche Bundestag am Mittwoch an den Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren erinnert. Neben Bundestagspräsident Norbert Lammert beschrieb Polens Staatspräsident Bronislaw Komorowski als Gastredner den schwierigen Weg der Aussöhnung zwischen Polen und Deutschland. Nach jenem Trauma, welches mit dem Überfall deutscher Truppen auf Polen am 1. September 1939 begann, könnten beide Länder heute stolz sein auf eine „einmalige Geschichte der Versöhnung“, sagte Komorowski. An der Gedenkstunde nahmen auch Bundespräsident Joachim Gauck und Bundeskanzlerin Angela Merkel teil.

Als herausragendes Beispiel für das Zusammenwirken beider Völker nannte der polnische Präsident die Gewerkschaft Solidarnosc und die Freiheitsbewegung in der DDR. Ihr Weg der europäischen Einigung, der auch zur deutschen Einheit geführt habe, zeige nun seine Früchte: 25 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer könne eine junge Generation von Deutschen und Polen zusammen lernen und arbeiten.

Auch Bundestagspräsident Norbert Lammert würdigte in seiner Rede die Bedeutung der deutsch-polnischen Freundschaft. In dem „verheerendsten

Krieg der Geschichte“, dem von Deutschland angezettelten Zweiten Weltkrieg, sei Polen das erste Opfer gewesen und habe am längsten unter der deutschen Besatzung gelitten. Deshalb müsse es als Wunder betrachtet werden, dass aus Deutschen und Polen Freunde wurden.

Lammert gedachte der über 50 Millionen Toten, die der Erste und Zweite Weltkrieg zusammengenommen gefordert haben. Nicht zu Unrecht werde die Epoche daher als „zweiter 30-jähriger Krieg“ bezeichnet, sagte der Bundestagspräsident. Er habe ein zerstörtes Europa zurückgelassen, „geteilt durch einen eisernen Vorhang und gezeichnet durch unbeschreibliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Bereits unmittelbar nach dem Überfall auf Polen habe der von Hitler-Deutschland ausgehende Feldzug den Charakter eines kühl kalkulierten Vernichtungskrieges gezeigt, der die „Auslöschung einer Jahrhunderte alten jüdischen Tradition in Europa“ einschloss.

Auch Staatspräsident Komorowski gedachte der Millionen Opfer des Zweiten Weltkrieges und des Holocausts. Das polnische Staatsoberhaupt erinnerte zudem an den 17. September 1939, den Tag, an welchem Russland

als Verbündeter Deutschlands in Polen einmarschierte.

Mit Blick auf den aktuellen Konflikt in der Ukraine zeigte sich das polnische Staatsoberhaupt tief enttäuscht „über den russischen Weg zurück in alte Macht- und Einflussphären“. Niemand wünsche sich mehr als Polen, dass Russland sich als Freund des Westens verstehe. Die derzeitige Krise bezeichnete Komorowski als „eine Herausforderung für die gesamte freie Welt“, insbesondere für Europa.

Bundeskanzlerin Angela Merkel dankte in der anschließenden Generaldebatte Bronislaw Komorowski und unterstrich, dass er dem Haus mit seiner Rede „eine große Ehre“ erwiesen habe. Es sei „nicht hoch genug einzuschätzen“, dass ein polnisches Staatsoberhaupt anlässlich des Gedenkens an den Beginn des Zweiten Weltkrieges im Deutschen Bundestag gesprochen habe.

CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder würdigte ebenfalls die Rede des polnischen Präsidenten und sagte mit Blick auf die Ukraine, man könne nicht hinnehmen, dass „die Errungenschaften in Europa, unser Bild vom Menschen, einfach drangegeben werden“.



Foto: Tobias Koch

Polens Staatspräsident Bronislaw Komorowski spricht im Deutschen Bundestag

Einblick in die Parlamentsarbeit

Bürger treffen Politiker beim Tag der offenen Tür

Der Bundestag hat auch in diesem September wieder seine Türen für die Bürger geöffnet. Rund 23.500 Besucherinnen und Besucher nahmen am vergangenen Sonntag Einblick in den Parlamentsalltag. Viele von ihnen kamen mit Politikern der CDU/CSU-Fraktion ins Gespräch und testeten bei Sport- und Quizrunden ihre Geschicklichkeit sowie ihr Wissen über das Parlament.

Die Besucher sprachen mit den Bundestagsabgeordneten über aktuelle Themen wie den Ukraine-Konflikt oder Salafisten in Deutschland. Karin Maag, die Vorsitzende der Gruppe der Frauen, rückte den Schutz von Frauen vor Zwangsprostitution in den Mittelpunkt ihrer Talkrunde. Der ehemalige Reck-Weltmeister Eberhard Gienger erläuterte Chancen und Herausforderungen möglicher Olympischer Spiele in Deutschland.

Besonders spannend fanden die Besucher aber den Blick hinter die Kulissen. Sie besichtigten den Sitzungssaal der Unionsfraktion und erfuhren, wo Bundeskanzlerin Angela Merkel jeden Dienstag in einer Sitzungswoche Platz nimmt. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Max Straubinger, berichtete von seinem Job als „Parlamentsmanager“. Er erzählte den interessierten Bürgern, wie er Abstimmungen organisiert, um die Fraktion möglichst geschlossen zu halten.

Aber auch Spiel und Spaß kamen nicht zu kurz. Wer sich fit fühlte, konnte seine Kondition beim Ruder-Wettbewerb testen. Und die kleinen Gäste konnten ihre Geschicklichkeit beim Spiel des „Heißen Drahtes“ unter Beweis stellen.



Fotos Steven Rösler

Karin Maag erläutert Maßnahmen gegen Zwangsprostitution



Max Straubinger berichtet aus dem Leben eines „Parlamentsmanagers“

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducsu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.cducsu.de/veranstaltungen

- 15./16. September 2014 Kongress Religionsfreiheit
- 24. September 2014 Fraktionsoffene Sitzung Sterbehilfe
- 24. September 2014 Fachgespräch zur deutsch-afrikanischen Wirtschaftskooperation

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducsu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
Fraktion direkt
www.cducsu.de/fd



[www.facebook.com/
cducsubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion)



www.youtube.com/cducsu



[twitter.com/
cducsu](http://twitter.com/cducsu)